

# Der Deutsche Metallarbeiter

Ercheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1000.— M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitstage 800.— M. Geschäfts- u. Privatanzelgen 1000.— M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 30/31

Duisburg, erste Hälfte August 1923

24. Jahrgang

## Von unserer Verbandstätigkeit im Jahre 1922

Die Ungunst unserer Zeit hat den deutschen Gewerkschaften nicht nur ein weit größeres Aufgabengebiet aufgezogen, sondern auch ihre früheren Aufgaben wesentlich umgestellt. Denn früher bestanden sie vornehmlich darin, die Arbeiterverhältnisse zu bessern, statt beabsichtigte Verschlechterungen abzuwehren, wozu weniger Ursache vorhanden war. Aber jetzt ist es fast Hauptaufgabe der Gewerkschaften Verschlechterungen abzuwehren, und nur mit kleineren Verbesserungen müssen sie sich abfinden. Neben dem Erhalten erzielter Arbeiterrechte ist es jetzt die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, die schnellfolgenden keulenschlagartig wirkenden Verschlechterungen des Reallohnes aufzuhalten und auszugleichen.

Die weite Masse der Menschheit und besonders unseres Volkes verspürt jetzt immer mehr, welche gewaltige wirtschaftliche Trümmer der Weltkrieg brachte, und welche gewaltige Keulenschläge uns der verlorene Krieg, die Revolution und die Selbstzerfleischung unseres Volkes versetzten. Diese Schäden waren nicht alle auszumergen, denn dafür ist unser Volk zu sehr verarmt und das heimtückische Schicksal, Geldentwertung, eins der größten wirtschaftlichen Uebel, hat uns grausam befallen. Ein Kraut, welches stark genug gegen dieses Uebel wäre, ist nicht gewachsen und konnte auch dagegen nicht wirken, weil der Boden dieses Uebels zum größten Teil in unserer außenpolitischen Bedrückung liegt. So bewegte sich der mittlere Dollarstand im Januar des Berichtsjahres nach auf 180, im März auf 220, im Juni auf 317, aber im September auf 1468 und gar im Dezember auf 7589.

Unter diesem Druck der Geldentwertung bildete sich die Regel heraus: Die Ausgaben wachsen schneller als die Einnahmen. Trifft dieses allgemein zu, so besonders für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Durch den Widerstand der Reichen Großtarifverträge, durch kurzfristige Lohnpolitik von Arbeitgeberverbänden, Schlichtungsstellen, ja selbst Ministerien, sowie auch durch eigene Schuld vieler Arbeiterkreise selbst — die entweder schädlichem Radikalismus oder einer unzureichenden gewerkschaftlichen Laubbildung huldigen — konnte ferner das gewerkschaftliche Ziel — die Löhne möglichst in etwa der Geldentwertung und Teuerung anzupassen — wiederum nicht ganz erreicht werden. Was nach dieser Richtung zu Anfang des Jahres erobert wurde ging im Schlussteil des Jahres wieder verloren. Nicht unwesentlich trug hierzu bei das schnelle Wachsen der Gewerkschaftsausgaben und die verhältnismäßig immer tiefer sinkenden Gewerkschaftseinnahmen. Auch hier galt: Was heute gut und richtig erschien, war morgen schon überholt, und was du säest, das erntest du!

Trotzdem hat die Unsumme der gewerkschaftlichen Arbeit auch im Berichtsjahr wieder guten Segen gebracht. Konnte durch sie der Reallohn auch allgemein nicht gesteigert werden, so ist aber doch sein weiteres Fallen durch die Gewerkschaften unbedingt stark aufgehalten worden. Auch sonst ist ein vollgerütteltes und vollgeschütteltes Maß von guten Gewerkschaftsarbeiten und Erfolgen in unserem Verband zu verzeichnen. Leider gibt es keinen Maßstab und keine Waage, um diese Leistungen vollwertig feststellen zu können, denn diese sind zu umfangreich und vielgestaltig geworden. Ferner sind die Leistungsberichte nicht vollständig, weil unsere Verbandskräfte allzusehr für die schweren Gegenwarts- und Zukunftsarbeiten angepannt sind, und sie sich kaum die Zeit gönnen, um mit der erforderlichen Ruhe und Gründlichkeit den bereits zurückgelegten Weg zu überschauen. Immerhin geben nachstehende Berichte wiederum ein gutes Bild von der Verbandsarbeit im letzten Jahre.

### Mitgliederbewegung.

Die Zahlen wurden bereits schon in unserer Jahresabrechnung (siehe Nr. 22 u. 23) veröffentlicht. Der kleine Rückgang, den unsere Mitgliederzahl zu verzeichnen hatte, ist auf

... und es sind Glende und kalte Rügler aufgestanden in diesen Tagen, die sprechen in der Nüchternheit ihrer Herzen: Vaterland und Freiheit, leere Namen ohne Sinn, kahne Klänge, womit man die Einfältigen bezaubert. Wo es dem Menschen wohlgeht, da ist kein Vaterland, wo er am wenigsten geplagt wird, da blüht keine Freiheit. — Diese Menschen sind wie die dummen Tiere, nur auf den Bauch und seine Gefühle gerichtet und bemerken nichts von den Reizen des himmlischen Heiles. Darum heßt Rüge in ihrem eignen Geschwätz, und die Strafe der Ewigkeit ruft aus ihren Lehren. — Auf denn reiß' der Deutsche, bete täglich zu Gott, daß er die das Herz mit Stärke fülle und seine Seele entzünde mit Aufrichtigkeit und Mut, daß keine Liebe die heiliger sei, als die Liebe des Vaterlandes und daß keine Freude die höher, als die Freude der Freiheit. Damit du wiedergewinnst, worum dich Väter betrogen, und mit Mut erwerbst, was Toren veräußerten, denn der Sklave ist ein stilles und gehiges Tier, und ein Mensch ohne Vaterland der Unseligste von Allen."

Genf Moritz Arndt 1811.

das letzte Vierteljahr zurückzuführen. Er entfällt nur auf die besetzten Gebiete im Westen und Osten. Hier war stellenweise die gewerkschaftliche Tätigkeit fast vollständig lahmgelegt oder doch sehr beengt. Andererseits sichten die Kommunisten und Unionisten im Trüben. Was die kommunistischen Reimzellen am gewerkschaftlichen Leben nicht zu zertrümmern vermochten, das gelang dem kommunistischen Plan, das Riesengebiet der rheinisch-westfälischen Eisen- und Metallindustrie an der Ruhr zu zentraler Lohnregelung zu bringen. Dieser Wasserstopf von einer Lohnregelung nahm denn auch die Gewerkschaften stark mit, die Lohnregelungen mußten unbestriedigt ausfallen und der Verger darüber wurde auf die Gewerkschaften abgeladen. Die Suppe, die sich dadurch der sozialistische Metallarbeiterverband einbroden ließ, ist ihm übel bekommen und wird ihn noch mehr schädigen. Indes litt auch der ganze Gewerkschaftsgebände darunter; ein Schaden, der in unserem Verband durch aufsteigende Mitgliederzahlen und auch sonst wieder ausgeglichen ist.

Der Steighaftigkeit unserer Bewegung, den Ideen und Zielen unsers Verbandes, wäre indes im Berichtsjahr ein noch besserer Erfolg beschieden gewesen, wenn an allen Strängen gezogen und wenn alle Mannen auf ihrem Posten gewesen wären. Trotz aller Schwierigkeiten ist Zeit und Gelegenheit für eine erfolgreichere Agitation überaus günstig. Der Acker der Metallarbeiterklasse benötigt dringend eine intensivere Bearbeitung durch uns. Und überall, wo wir ernsthaft, geküßt und ohne Unterlaß mit möglichst vielen Kräften ans Werk gehen, da blühen die Früchte und da ernten wir auch. In den ersten Erfolgen sehen denn auch unsere Mitarbeiter und Mitglieder, die ihre Pflicht erfüllen,

### Vertretung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die schlechten Wirtschaftsverhältnisse des Berichtsjahres führten wieder zum Weggelassen der Lohnbewegungen. Kaum war die eine geschlossen, dann mußte die nächste schon in Angriff genommen werden. Nach den nicht vollständigen Berichten war unser Verband im Jahre 1922 an Bewegungen beteiligt:

Zeitraum	Arbeiter	Angestellte	Abweh-	Ausper-	Insgesamt	Dauer d. Streik- u. Arbeitslosigkeit bei Kampf- bewegungen
1. Vierteljahr	1012	47	8	11	1078	1127 Tage
2. "	1332	38	8	9	1387	1043 "
3. "	1933	51	4	4	1992	942 "
4. "	2161	27	2	4	2184	298 "
Insgesamt	6428	183	22	28	6641	3110 Tage

An diesen 6641 Bewegungen (gegen 2531 im Vorjahre) war unser Verband an der Führung und mit seinen Mitgliedern wie folgt beteiligt:

Zeitraum	Die Bewegung wurde ausgeführt			Zahl der beteiligten Verbandsmitglieder			
	von uns allein	mit anderen Verbänden	von uns mit anderen Verbänden	männliche	weibliche	jugendliche	Insgesamt
1. Vierteljahr	274	804	243	311759	34625	67234	413618
2. "	433	964	343	457777	43303	92112	593192
3. "	633	1382	542	559239	54022	116836	729097
4. "	826	1558	508	615920	56229	122195	794344
Insgesamt	1963	4688	1638	1944695	188179	397377	2530261

Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 236 529 ist somit jedes Verbandsmitglied 10,7mal an diesen Bewegungen im Berichtsjahr beteiligt gewesen.

Die Ursachen dieser Bewegungen waren zum meist Lohnforderungen, oder richtiger gesagt Anpassung der Löhne an die Geldentwertung und Teuerung. Ihre Zahl steigerte sich von Vierteljahr zu Vierteljahr von 1013 auf 1308, 1907, 2116 und insgesamt auf 6344. Weitere Ursachen der Bewegungen waren: Forderung auf Arbeitszeitverkürzung 14, Maßregelung 27, Lohnkürzung 23, Arbeitszeitverlängerung 17, Tarifvertragsverbesserung 23, Tarifvertragsverschlechterung 33 und sonstige Ursachen 83.

Die Beteiligung der Mitglieder an den Arten der Bewegungen und der Ausgang der Bewegungen ist wie folgt:

Art der Bewegung	An denselben beteiligten Mitglieder	Ausgang der Bewegungen		
		erfolgreiche	teilweise erfolgreiche	ohne Erfolg
Friedliche	2468823	2676	3681	71
Angriffsweise	49156	63	30	20
Abwehrweise	10360	11	6	5
Ausperzung	11212	9	12	7
Insgesamt	2530259	2759	3719	153

Diese allgemeine Bewertung der Bewegungen ist jeweilig unmittelbar beim Abschluß vorgenommen worden, der erzielte Erfolg war aber jedesmal schnell überholt. Insbesondere war dieses mit den Kampfbewegungen der Fall, wo für über 80 000 Mitglieder und für 8 500 Tage noch der Lohnverlust hinzukommt.

Die Beendigung der Bewegung bzw. die Vermittlung zwischen den streitenden Parteien erforderten, daß unser Verband, bzw. unsere Verbandsbeamten in 4460 Fällen, Schlichtungsstellen in 1209, Arbeitsgemeinschaften in 1182, Betriebsarbeitervertreter in 1105 und sonstige Stellen in 261 Fällen mitwirken mußten.

An den erzielten finanziellen Ergebnissen waren Mitglieder beteiligt und betragen die erzielten Lohnverbesserungen oder abgewehrten Lohnverschlechterungen pro Woche in Mark und für alle beteiligten Mitglieder im Durchschnitt errechnet:

Zeitraum	Beteiligte Mitglieder	Erzielter Mehrerwerb pro Woche und in Mark		
		mindestens	Durchschnitt	höchstens
1. Vierteljahr	895410	29	100	181
2. "	560301	50	172	306
3. "	709438	178	778	1758
4. "	724319	1089	4087	7453
Insgesamt	2359408	1341	5137	6896

Die absoluten mindestens und höchstens erzielten Ergebnisse betragen 1 M und 28 400 M die Woche für jedes beteiligte Mitglied. Indes sind diese ermittelten Ergebnisse unvollständig. Von einigen großen betrieblichen Lohngebieten fehlen überhaupt diese Angaben. Ferner sind stellenweise nur die Erhöhungen der festen Tariflöhne angegeben worden. Es fehlen die Angaben über die weitere Auswirkung der neu vereinbarten Affordlöhne, der Prämien, der Zulagen und was in den einzelnen Betrieben in „weiter Instanz“ erzielt wurde. Ein vollständigeres Bild über die erzielten finanziellen Ergebnisse ergibt sich vielmehr aus folgendem:

Nach den Lohnerhebungen unseres Verbandes vom 31. 12. 1921 und den vom 31. 12. 1922 liegen im Durchschnitt die Metallarbeiterlöhne, in der im neuen weiteren Durchschnitt erfahren unteren und höchsten Grenze, auf die Stunde und in volle Mark auf- und abgerundet für:

Arbeiterarten	Untere Grenze		Das Mehr beträgt die 48 St. Woche		Obere Grenze		Das Mehr beträgt die 48 St. Woche	
	von	bis	von	bis	von	bis	von	bis
Fecharbeiter	7	207	198	9563	13	426	413	19812
Spezialarbeit.	6	186	181	8674	13	407	394	18904
Hilfsarbeiter	4	120	116	5578	11	369	358	17192
Arbeiterinnen	3	91	87	4197	8	258	250	12015
Lehrlinge	1	40	39	1855	3	102	99	4764

Natürlich handelt es sich hierbei um Papiermark, deren steigende Wertlosigkeit wohl bekannt, die wir aber unbedingt haben mußten, wenn wir am Leben bleiben wollten. Welche Unsummen von gewerkschaftlicher Arbeit, Mühen und Opfer es gekostet hat, um wenigstens diese Ergebnisse zu erzielen, das kann trotz dieser wichtigen Zahlen kaum in Worte ausgedrückt werden. Aber wo wäre die Arbeiterklasse geblieben, wenn diese riesige Verbandsarbeit nicht geleistet worden wäre? Nur ein Narr kann annehmen, diese Erfolge wären von selbst gekommen!

### Sonstige Erfolge der Bewegungen.

Wie vielgestaltig die Wünsche und Beschwerden und dadurch auch die Erfolge bei den Bewegungen sind, zeigte nachstehendes Ergebnis, das zum meist durch tarifliche Regelung für Tarifgebiete und nur in Einzelfällen in Betrieben erzielt wurde. Es wurde erreicht in:

- 86 Fällen Aufbesserung, Sicherung oder Regelung der Affordlöhne.
- 169 Fällen Zahlung und Erhöhung eines Familien- und Kindergeldes.
- 13 Fällen ein Lohnausgleich für nicht affordfähige Arbeiter.
- 8 Fällen Entschädigung für Feiertags- und Betriebsstörungen.
- 15 Fällen Nachzahlung der Tariflöhne mit Rückwirkung.
- 10 Fällen Verpflichtung der Arbeitgeber zur Einhaltung der Tarifverträge.
- 12 Fällen Herabsetzung der Altersgrenze vom 27. 24 bis auf 21 Jahre.
- 9 Fällen Sonderzulage für gefährliche und lärmige Arbeiten
- 18 Fällen Leistungsulagen für Qualitäts- und für schwere Arbeiten
- 44 Fällen Erhöhung der Montagezulagen und des Ausfallgeldes.
- 10 Fällen Herabsetzung in eine höhere Tarif-Ortsklasse.
- 13 Fällen Einführung der wöchentlichen Pflanzung.
- 10 Fällen Verbesserung der Prämien und des Werkzeuggeldes.
- 32 Fällen Einführung und Verbesserung des Arbeiterurlaubs.
- 17 Fällen Bessere Bezahlung der Heberzeit, Nachts, Sonntag- und Feiertagsarbeit.
- 12 Fällen Einführung besserer Arbeitsordnungen und Strafbemessungen.

- 19 Fällen Verhütung, Wiederherstellung und Ersatzleistungen bei Entlassungen.
- 10 Fällen bessere Regelung der Arbeitszeit und der Pausen.
- 48 Fällen gesundheitliche Verbesserungen und Entlassungen.
- 18 Fällen Beschaffung von Heizkohle und sonstige Bergleistungen.
- 4 Fällen Herabsetzung der Lehrzeit von 4 bis auf 3 Jahre.
- 8 Fällen Verbesserung der Lehrlingsausbildung, Bezahlung der Stunden zum Besuche der Fortbildungsschulen usw.

Auch diese überaus bedeutenden Erfolge, die leider nur zum Teil berichtet wurden, sprechen für sich.

**Unsere Tarifanträge.**

Ein bedeutender Zweig des gewerkschaftlichen Arbeit und ein Gebiet, in dem das gewerkschaftliche Streben des Verbandes seinen ausgiebigsten Niederschlag findet, ist das Tarifgebiet. Die Entwicklung des Tarifgedankens hat auch im Jahre 1922 bedeutende Fortschritte gemacht. Der bereits beim vorigen Bericht in 1921 erwähnte Zug zur Zentralisation der Tarife zeigt sich auch deutlich in diesem Bericht.

Am Schlusse des Jahres 1921 war unser Verband an insgesamt 307 Tarifverträgen für 14 909 Betriebe mit 1 607 790 Beschäftigten beteiligt, von denen 130 628 weiblich waren. Unserm Verband gehörten 197 052 Beschäftigte an, unter denen 15 691 Arbeiterinnen waren. Am Schlusse des Jahres 1922 bestanden für unsern Verband 277 Verträge für 18 083 Betriebe mit 2 270 615 Beschäftigten. Die Zahl der weiblichen betrug 144 073. Von diesen Beschäftigten waren bei uns organisiert 227 087, 16 560 Arbeiterinnen. Das bedeutet ein Weniger von 30 Verträgen, während die Zahl der von den Tarifen erfaßten Beschäftigten um etwa 600 000 sich vermehrte. Auch die Zahl der unter tariflichen Verhältnissen arbeitenden Mitglieder vermehrte sich um etwa 30 000, so daß jetzt der größte Teil unserer Kollegen tariflich erfaßt ist.

Von den Tarifverträgen sind:

Tarifverträge	Zahl der vom Vertrag erfaßten beschäftigten Personen				
	Betrieb	Aberhaupt	darunter weiblich	darunter an	darunter weiblich
Neu abgeschlossen	88	1675	85742	1586	3594
Erneuert	44	4435	1172709	61808	109710
Zustande gekommen nach Streit oder Ausperrung sämtl. erfaßten Personen.	6	662	182087	20802	15169
Auf Grund eines Schiedsspruchs kamen zustande.	9	1084	98108	24791	11268
Für allgemein verbindlich erklärt	10	2334	762500	98150	22849

Die ungemein starke Anspannung der Verbandskräfte für die wirtschaftlichen Belange der Mitglieder, welche aus der fortschreitenden Entwertung unseres Geldes erwuchs, spiegelt sich deutlich wieder in der Zahl der berichteten tariflichen Lohnänderungen. Während im Jahre 1921 von 1088 Lohnänderungen berichtet werden konnte, stieg deren Zahl in 1922 auf annähernd das 4fache. Es kamen nach den Berichten 3965 Lohnänderungen in Frage, so daß im Durchschnitt jeder Tarif in seiner Lohnabelle etwa 14mal geändert wurde. Das ist sicherlich ein bedeutendes Zeichen für das nachhaltige Streben unserer Verbandskräfte, der Verelendung der Arbeiterschaft einhalt zu tun. Welche Unnummen von Arbeit und Ueberlegung diese Forderungen voraussetzen, dürfte all denjenigen einleuchten, denen die Schwierigkeit der einzelnen Verhandlungen aus eigener Anschauung bekannt ist.

Alles in allem haben wir alle Veranlassung, den Tarifgedanken nicht nur zu schätzen gegen seine Gegner innerhalb und außerhalb der Arbeiterschaft, sondern nach der schonen äußeren Entwicklung der Tarifverträge diese auch selbst innerlich immer mehr zu vervollkommen.

**Die Aushilfe und Hilfe bei Rechtsansprüchen und Streitigkeiten**

Die der Verband gewährt, steigert sich ebenfalls andauernd. Wirtschaftliche Nöte, die Fülle der neuen sozialen Gesetze, sowie das steigende Bestreben von Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden, durch besondere juristische Vertreter Arbeitrechte bis aufs Kleinste zu beschneiden, wenn nicht unzulässig zu ändern, und endlich die erschreckende Unkenntnis und Hilflosigkeit vieler Arbeitermassen bei gegebenen Ansprüchen, auch diese Verhältnisse haben die Kräfte und Kosten des Verbandes und seiner Sekretariate vor neue Aufgaben gestellt.

Rechtszweckgebiete	Der Rechtschutz bestand in (Zahl der Fälle)			
	multilateral u. schiedsrichtl. Streitigkeiten	Arbeitsverträge	Arbeitsverhältnisse	Insgesamt
Betriebsrätewesen	14373	2078	2028	18479
Arbeitsrecht und Arbeitsvertrag	11580	4000	2863	17943
Gewerkschaftsangelegenheiten u. Sozialversicherung	7906	3908	991	12805
Kriegsverfahren	1076	464	126	1666
Wohnungsangelegenheiten	17797	6779	362	24938
Wohnungs- und Mietwesen	10805	2650	1177	14632
Sonstige Fälle	6890	2306	690	9886
Insgesamt	69427	22185	7737	99349

Diese hunderttausend Rechtschutzfälle stehen also noch neben den Lohnbewegungen und Tarifverträgen. Neben den moralischen Erfolgen sind die rechtlichen und insbesondere die finanziellen Erfolge gewaltig; nicht nur für den Einzelfall, sondern auch für die allgemeine Auswirkung. Eine Reihe Prozesse wurden bis zur höchsten Instanz durchgeführt. Es ist klar, daß dieser steigende Rechtschutz neben dem Verbandsstreiten auch die Verbandsfrangen in steigendem Maße in Anspruch nimmt. Im übrigen wird für eine bessere Rechtskunde der Arbeiterschaft noch ein gewaltiges Gelingen müssen, denn was nützen ihr sonst alle Rechte, wenn sie nicht bekannt sind und wahr genommen werden.

**Unser Betriebsrätewesen.**

Bei den Betriebsratwahlen im Berichtsjahr waren wir in 2063 Betrieben beteiligt und erhielten dort 4580 Betriebsvertreter. Das ist ein Mehr von 41 Betrieben und 201 Vertretern als im Vorjahr. Die Ergebnisse der Wahlen von diesem Jahre liegen leider noch nicht vollständig

vor, indes geht schon aus den vorliegenden hervor, daß diese gute Entwicklung weiter anhält.

Die Organisierung unserer Betriebsvertreter nach Verwaltungsstellen und Bezirken dürfte nunmehr restlos durchgeführt sein. Die weitere Durchorganisierung unserer Betriebsräte nach Konzernn läßt indes noch zu wünschen übrig. Die bezirklichen Betriebsratkonferenzen haben sich äußerst gut bewährt, und sich als das beste Mittel erwiesen, zur Erzielung einer großartigen Arbeit und eines weitergehenden Gedankenaustausches unserer Vertreter.

Neben einer Fülle guter Kurse sind für die Weiterbildung unserer Räte alle erschienenen Bände der „Bücher der Arbeiter“ kostenlos übergeben worden. Ferner wurden für sie neu herausgegeben, die „Merksblätter für Rätewesen, Arbeitsrecht und Wirtschaft“. Auch sonst hat es nicht an den Ueberlegung von einschlägigen Broschüren und geeignetem Material an unsere Räte gefehlt. Wo nunmehr der gute Wille vorliegt, durch eigene Kraft und Selbststudium vorwärts zu kommen, da ist auch der Weg gegeben, der selbstverständlich zu erweitern ist. Um die erforderlichen Kenntnisse über das Betriebsratwesen mehr den weiteren Massen und möglichst allen Betriebsratsmitgliedern zugänglich zu machen, haben mehrere Kurse für sogenannte Betriebsratslehrer stattgefunden, wozu circa 40 Kollegen des Verbandsgebietes mit gutem Erfolg teilnahmen.

Die Leistungen unserer Betriebsvertreter verdienen volle Anerkennung. Sie sind vielerorts nicht nur der Sauerleib für ein gutes Wirken des Betriebsratswesens überhaupt, sondern gegenüber unvernünftigen radikalen Räten sind sie oft allein der ruhende Pol in der Erscheinung. So manches ruhige, aufklärende Wort, aber auch so manche scharfe Auseinandersetzung und energische Tat von ihnen, hat oft nur allein den Karren im Geleise gehalten und schimmernde verhöhnt. Es mag daher auch wohl kommen, daß sowohl wenig einsichtige Arbeitgebervertreter, als auch radikale Räte und Massen, mit ihnen nicht einverstanden waren, aber es ist dieses der beste Beweis dafür, daß unsere Räte auf dem richtigen Pfad waren. Zu bebauern ist die mangelnde öffentliche Berichterstattung der Räte über ihre Tätigkeit, Leistungen, Erfolge und Erfahrungen. Dieses Verstumme muß noch nachgeholt werden.

**Unsere sonstigen Vertreter und Helfer.**

Am Ende des Berichtsjahres haben wir auch die Zahl jener Vertreter oder Helfer ermittelt, die von unserem Verband aus als Verbandsmitglieder oder als Verbandsangestellte in sonstigen sozialen oder öffentlichen Institutionen tätig waren. Nach dem nicht vollständigen Ergebnis dieser Ermittlung haben wir immerhin folgende Vertreter oder Helfer festgestellt:

Tätigkeitsgebiete	Zahl der Vertreter		
	ständige	unständige über die Betriebe	sonstige Verbandsangestellte
Tarifliche Schlichterstellen u. Ausgleichskammern	80	71	51
Schiedsrichtl. Schlichtungsausschüsse	184	178	88
Landes- und Reichsvereinsämter	10	3	4
Gewerbegerichte	226	104	4
Schlichter oder Schlichterinnen an ord. Gerichten	931	—	26
Krankenkassenausschüsse und Vorstände	1994	1698	62
Versicherungs- und Oberversicherungsämter	127	65	15
Arbeitsnachweise und Erwerbslosenfürsorge	88	82	88
Insgesamt	3034	3141	298

Auch in diesen für die Arbeiterschaft äußerst wertvollen Stellen, haben wir durch diese Vertretungen die Gewähr, daß die Rechtswahrung der Arbeiterschaft nach Möglichkeit gesichert ist. Indes muß das Ergebnis dieser sozialen Wahlen, oder die Berufung unserer Vertreter aus dem Arbeitsverhältnis heraus noch besser werden. Wo es nur eben möglich ist, sind auch die Verbandsangestellten für noch wichtigere und bringlichere Arbeiten von diesen Vertretungen zu befreien. Im übrigen wird noch mehr durch Kurse, Konferenzen und geeignete Literatur auch an der weiteren Befähigung dieser Vertreter zu arbeiten sein. Die Befähigungsprobe wird auch hier immer härter. Indes erfordert auch diese steigende Hilfe des Verbandes weiteren Gewerkschaftsidealismus und gesteigerte Verbandsbeiträge!

**Die Fach- und Branchenbewegung**

unseres Verbandes hat in dem Bestreben, das Gebäude der Tarifverträge wohnlicher auszugestalten, sachliche Kenntnisse und Weiterbildung zu fördern, die Gefahren der Berufe zu meistern, sowie ein gesundes Standesbewußtsein für die einzelnen Berufe und damit die Ausrüstung vor dieser Arbeit, die Berufs- und Arbeitsfreude zu haben vieles geleistet.

Für einzelne dieser Branchen wurden besondere Mitteilungsblätter herausgegeben und an der Verbandszentrale ein eigenes Dezernat errichtet. Allgemein vollauf ist noch diese Branchenarbeit mehr in den örtlichen Organen. Wo sie jedoch örtlich vollständig ausgeübt ist, schritt die Bewegung in die Verbandsgebiete und darüber hinaus über. So für Zehen- und Grubenmetallarbeiter, für Heizer und Maschinenisten, Eisenbahner, Formner, Elektriker, Walzwerkarbeiter, Monteure, Stahlwarenarbeiter, Uhrmacher, für handwerkermäßige Berufe usw. Für die Arbeiterschaft der Edelmetalle- und Schmiedemetallgewerbe, der in Schleifereien, Blei- und Zinkhütten, sowie in Kohlenoxydgas- und gemischten Werken Beschäftigten, wurden besondere Aktionen und Erhebungen vorgenommen, um die Berufsfränkheiten, die mit dieser Arbeit verbunden sind, der Betriebsunfallversicherung zu unterstellen, und um das Leben und die Gesundheit dieser Arbeitkräfte mehr zu schützen.

Leider ist oft, wie so manches in der Gewerkschaftsbewegung, die Branchenarbeit unter der übergroßen Inanspruchnahme der Verbandskräfte durch die andauernden Lohn- und Tarifverhandlungen. Indes muß allerwärts, wo es eben möglich ist, diese Branchenarbeit noch mehr unsere Beachtung finden, denn neben dem großen allgemeinen Ziel

haben der christlichen Metallarbeiterbewegung muß auch der rechtliche Interesse der einzelnen Berufe voll und ganz zur Geltung kommen!

**Die Jugend- und Arbeiterinnenbewegung**

sind bekanntlich weitere notwendige Sonderorgane innerhalb unseres Verbandes. Auch diese beiden Einrichtungen gründen sich unten im örtlichen Verbandsleben. In allen Ortsgruppen, wo die Voraussetzungen gegeben sind, bestehen solche Sonderabteilungen oder sie sollten wenigstens bestehen. Denn sowohl den Lehrlingen, als auch den jugendlichen Arbeitern und den Kolleginnen ist ob ihren Sonderverhältnissen Rechnung zu tragen und eine gewisse Selbstständigkeit einzuräumen. Dieses geschieht durch besondere Versammlungen, durch besondere Bildungs- und Betätigungsmöglichkeiten, durch besondere Organe und je nach Verhältnissen durch eine besonders dafür geeignete Führung. Indes müssen sich natürlich auch diese Sonderheiten einordnen in die großen allgemeinen Verbandsinteressen. Damit ist auch gesagt, daß alle Kollegen und Kolleginnen auch die allgemeinen Verbandsversammlungen besuchen müssen. Der vorliegende Bericht zeigt erneut mit aller Deutlichkeit wie sich gerade unser christlicher Metallarbeiterverband mit Nachdruck unserer Jungmannschaften und unserer Kolleginnen angenommen hat. Bei den Lohnbewegungen, den Tarifverträgen usw. haben ihre Interessen bei uns einen besonders großen Beschützer und Förderer gefunden. Es geht dieses auch aus der Tatsache hervor, daß diese Bewegungen bei uns eine sehr erfreuliche Entwicklung nehmen.

Trotz der Fülle der Einzelberichte, sind es doch nur Auszüge aus dem Gesamtbericht über die Leistungen und Ergebnisse unseres Verbandes im Jahre 1922. Wenn auch nicht all das Notwendige und Wünschenswerte für unsere Mitglieder erzielt werden konnte, so haben wir doch alle Ursache mit befriedigten und ungetrübten Augen rückwärts, aber auch vorwärts zu schauen, wo noch die schwersten Aufgaben zu erfüllen sind. Über auch ihnen trohen wir, wenn alle unsere Mitglieder und Mitarbeiter weiter mitwirken an der inneren und äußeren Stärkung, sowie an der Verwirklichung der Ziele anders

**Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands!**

**Neue Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge**

Der Grund des § 9, Abs. 4 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 (Reichsgesetzblatt S. 1337 in der Fassung der Verordnung vom 21. März 1922, Reichsgesetzblatt S. 280) bearbeitet das Reichsarbeitsministerium im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und mit Zustimmung des Reichsrats was folgt:

Die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge betragen vom 9. Juli 1923 ab

	In den Orten der Ortsklasse			
	A	B	C	D u. E
1. für männliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	16200	15000	13900	12800
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	14200	13300	12200	11300
c) unter 21 Jahren	9900	9200	8600	7800
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	14200	13300	12200	11300
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	11900	11000	10300	9400
c) unter 21 Jahre	9000	8300	7600	7000
3. Familienszuschläge für				
a) den Ehegatten	5900	5800	5400	5000
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	4700	4300	4100	3800

Wird dem Beginn der vorstehenden Höchstätze tritt die Verordnung über die Höchstätze vom 25. Juni 1923 (Reichsarbeitsblatt 1923 Nr. 14) außer Kraft.

**Das alte Lied auf der roten Walze**

Die religiöse und parteipolitische Neutralität der sogenannten „freien“ Gewerkschaften wird treffend beleuchtet durch die Erklärung eines Arbeiters in der „Ermännlichen Zeitung“ vom 30. Juni 1923.

**Erklärung.**

Hiermit erklärt Unterzeichneter seinen Austritt aus der freien Gewerkschaft (Deutscher Werkverbund). Grund: Am 29. Mai d. J. hat der Gauleiter Schilfert, Königsberg, in Seeburg in einer Mitgliederversammlung genannten Verbandes die Mitglieder aufgefordert, bei den kommenden Wahlen nur sozialdemokratisch zu wählen. Bei gleicher Gelegenheit hat er in überlebensgefährlicher Form Kirche und Religion herunter gerissen. Ich erkenne also, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften nicht neutral, sondern „sozialistisch“ sind. Franz Holst, Seeburg Ostpr., Heilsbergstr. 17.

**Gewerkschaftsgelder für Parteizwecke**

Er ist sozialistisch, er beeinflusst seine Mitglieder sozialistisch, er verwendet seine gewerkschaftlichen Beiträge für Wahlzwecke der sozialistischen Partei, nämlich der sozialistischen Metallarbeiterverband. Daneben wird aber immer noch treu und hiebei behauptet, man sei parteipolitisch neutral. Von diesem „parteipolitischen Neutralitätsgefäß“ des sozialistischen Metallarbeiterverbandes ziehen die Kommunisten Schöpfens

Wenn Anträgen zur 16. Generalversammlung den Schleier weg und enthüllen damit eine Seite, die einseitigen Gewerkschaftlern längst bekannt war, die von roter Seite aus einseitigen Seelen gegenüber aber immer schlaue verdeckt wurde.

Der Antrag von Penig, Werbau, Schumann - Ehemnitz lautet:

Bei den Landtagswahlen in Sachsen haben die Gewerkschaften grüßlich gegen die den Unorientierten Gewerkschaftsgegnern gegenüber oft und laut betonte parteipolitische Neutralität verstoßen. Mit dem Gelde der freien Gewerkschaften ist ausschließlich Propaganda für die Vereinten Sozialdemokratischen Partei betrieben worden, obwohl diese Gelder zum größten Teil von parteilosen und kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern aufgebracht werden. Der Verbandstag verurteilt diese einseitige Stellungnahme des gewerkschaftlichen Landesausschusses für Sachsen, der für diese einseitige Unterstützung der Parteigewalt für die W.S.P.D. auch die von den Metallarbeitern bezahlten Beiträge verwendet. Besonders schärfert der Verbandstag die Herausgabe der Wahlnummern durch Vorstand und Redaktion als „Metallarbeiterzeitung“ deshalb, weil in ihr nur für die W.S.P.D. Stellung genommen, die R.P.D. dagegen schärfer als die hiesigen Parteien angegriffen und verleumdet wurde. (Von uns gesperrt, D. Red.) Deutlicher kann die Verletzung der roten Gewerksch.-Bew. an den sozialistischen Parteifarben nicht ausgesprochen werden, als es in diesem Antrage geschieht. Der Zorn der Kommunisten über die Nichtbeachtung bei der Verteilung der Gewerkschaftsgelder für ihre eigenen Parteizwecke ändert an der Tatsache für die sozialistische Partei im D. M. B. gemacht wird, sind noch eine ganze Anzahl christlich denkender Männer im sozialistischen Metallarbeiterverband organisiert. Diese Fallorganismen müssen dort hin, wohin sie gehören, in den christlichen Metallarbeiterverband.

### Zur Entwicklung des Problems der wertbeständigen Löhne

#### 1. Die Stellung des Reichswirtschaftsrates.

Der wirtschaftspolitische und finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 11. Juli mit einer vom Arbeitsausschuss für die Währungsfrage vorgeschlagenen Entschliessung über Maßnahmen im Gebiet der Währungs-, Finanz- und Lohnpolitik. In der Frage der wertbeständigen Löhne nahm er folgende Entschliessung an:

a) Die Goldrechnung der privaten Wirtschaft erfordert auch den Übergang zu wertbeständigen Löhnen und Gehältern. Die Festsetzung der Löhne in Goldrechnung kann aber erst erfolgen, wenn die Goldrechnung für den Waren- und Geldverkehr allgemein und offen durchgeführt ist.

### Zur Frage der wertbeständigen Löhne

In der vorigen Nr. haben wir unter dieser Ueberschrift einen Überblick gegeben über die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Lösung dieser Frage, weil der Reallohn der Arbeitnehmer in steigendem Maße infolge der Geldentwertung einem Mangel ausgesetzt ist und weil die Folgen, die sich daraus ergeben, für Volk und Kulturstand von den tiefsten schneidendsten Wirkungen sind. Bei den Wegen zur Lösung der Frage, erfassten unsere Kollegen die Unmöglichkeit, eine Sicherung durch den sogenannten Goldlohn zu erzielen, weil unsere Volkswirtschaft das nicht zu tragen in der Lage ist. Die andere Lösung bleibt der „wertbeständige“ Lohn, über den der Vertreter unseres Verbandes bei den Verhandlungen über diese Frage in der Zentralarbeitsgemeinschaft, Kollege Kreil folgendes schreibt. Wir wiederholen zum besseren Verständnis noch einmal einen Teil über den „wertbeständigen Lohn“ aus der vor. Nr.

Gelangt man auf Grund obiger Tatsachen zu einer Ablehnung des Goldlohnes, so läßt sich nicht verkennen, daß die bis herige Art der Lohnvereinbarungen nicht mehr haltbar ist. Das Bestreben der Gehalts- und Lohnempfänger, wenigstens ihren jetzigen Reallohn zu erhalten und soweit es die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten, wieder zu heben, ist durchaus berechtigt und vertretbar. Die jetzigen Verträge der Gewerkschaften sind darauf gerichtet, durch Tarifverträge einen festen Grundlohn für eine gewisse Frist, meistens 1 bis 3 Monate, zu vereinbaren und in dieser Zwischenzeit eine automatische Angleichung der Löhne an die Geldentwertung zu erzielen. Eine diesbezügliche Bestimmung müßte im Tarifvertrag aufgenommen werden. Schwierigkeiten bestehen einerseits darin, welcher Lohnsatz als Grundlohn gelten soll und andererseits, nach welchem Index die Steigerungen eintreten sollen. Den Friedenslohn als Grundlohn zu nehmen verbleibt sich aus der Umständlichkeit während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Lohnverhältnisse zwischen den verschiedenen Industriezweigen und innerhalb des einzelnen Wirtschaftszweiges zwischen den einzelnen Berufsschichten erfahren haben. Es bleibt deshalb kein anderer Weg, als den derzeitigen Lohnsatz, gegebenenfalls nach Ausgleich und Berichtigung, als Grundlohn festzusetzen. Für den Ausgleich innerhalb der Tarifzeit soll der Lebenshaltungsindex dienen.

Die Verhandl. mit dem R.-Arb.-Minist. haben dahin geführt, daß vom Reichsstatist. Amt nunmehr wöchentl. ein Lebenshaltungsindex, der auf Feststellungen paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kommission basiert, veröffentlicht wird. Bisher erfolgte die Veröffentlichung nur monatlich nach Errechnung des Durchschnitts der am 7. und 24. des Monats gemachten Erhebungen. Dies genügt im Hinblick auf die Geldentwertung den Notwendigkeiten nicht im entferntesten mehr. Nunmehr sollen jeden Montag die Feststellungen getroffen werden, und zwar sowohl für das Reich, wie auch bezügl. und jeden Mittwoch die Veröffentlichung erfolgen. An dem darauf folgenden Sonntag müßte der Lohn bereits unter Berücksichtigung der für diese Lohnwoche festgestellten Teuerung ausgezahlt werden. Die weitere Teuerung, die in der Woche entsteht, in der das Geld dem Arbeitgeber herausgibt wird, kann kaum zuverlässig erfasst werden. Der Hinzuziehung eines anderen, der tatsächlichen Teuerung vorausseilenden Indexes, stehen schwerwiegende Bedenken entgegen. So vor allen Dingen der Rückschlag und ungünstige Einfluß desselben bei einem Rückgang des Geldfußes zu einem Zeitpunkt, an dem die Kleinhändlerpreise noch weiter steigen, also steigende Preise und zugleich zurückgehender Lohn, aber auch noch andere, hier nicht näher zu behandelnde Gesichtspunkte kommen an Betracht. Der Ausgleich für die weitere Geldentwertung bei der Vergütung des Lohnes müßte in der Bemessung des Grundlohnes Berücksichtigung finden. Auf dieser Grundlage würden sich die kurzfristigen Lohnverhandlungen erübrigen und auf keine Feststellungsmissionen beschränken. Nach Ablauf des Termins des Tarifvertrages würden neue Verhandlungen über den Grundlohn aufgenommen werden und dadurch die Möglichkeit gegeben sein, Fehler auszugleichen, denselben anderen Industrien anzupassen, eine günstige Wirtschaftslage zu berücksichtigen und entsprechend der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse den Reallohn zu verbessern und Kriegsverhältnissen näher zu bringen. Es verdient hierbei Beachtung, daß nur die Erhöhung des Grundlohnes eine Besserstellung bedeuten würde, die Steigerungsrate während der Tarifzeit nach dem Index jedoch nur ein Geldentwertungsindex. Der zu erwartende Erfolg hängt von der

Stärke, insbesondere finanziellen Leistungsfähigkeit und dem Einfluß der Gewerkschaften ab.

Diese neue Form der Lohnvereinbarungen bedeutet zweifellos einen Sprung ins Dunkle. Diese Lösung kann nur ein Notbehelf sein und bringt keine Heilung der Noz. Erstrebenswert bleibt nach wie vor ein fester Lohnsatz. Infolge außerpolitischer Verhältnisse ist dieser zur Zeit nicht erreichbar. Als Uebergangsstadium ist jedoch kein anderer als der in Vorschlag gebrachte Weg offen. Eine volle „Wertbeständigkeit“ wird auch hierdurch nicht erzielt, da durch die anhaltende Inflation jeder Geldschein, der im Verkehr ist, für die Zeit seines Benutzens mehr oder minder stark der Wertverwertung unterworfen ist. Auch ist die Frage der Verlorenheit der Bevölkerung mit Waren und die Preisbildung derselben eine Frage. Das bewies uns der vollständige Ausverkauf der Lebensmittel zum vergangenen Quartalsersten mit aller Deutlichkeit. Die Dreimonatsgehaltsempfänger waren die Käufer der noch billigen Waren und die anderen Verbraucher haben das Nachsehen. Eine endgültige Lösung kann deshalb nur die Stilllegung der Notenpresse, Stabilisierung, Preisstillstand und Preisabbau in Verbindung mit Produktionssteigerung bringen.

Bei Erfüllung der Forderung der Arbeitnehmerschaft ergeben sich Weiterungen und Konsequenzen. Zunächst wird auch der Staat noch in verstärktem Maße auf eine allgemeine Umstellung seiner Einnahmen auf „Wertbeständigkeit“ dringen müssen, z. B. bei Steuern, Frachten usw. Ferner muß in weitgehendstem Maße wertbeständige Sparmöglichkeit gegeben werden. Im Hinblick auf die Notwendigkeit von größeren Anschaffungen (Bekleidung, Beschaffung von Einrichtungsgegenständen usw.), die aus einem Monats-, geschweige denn einem Wochenlohn nicht bestritten werden können, ist dies unerlässlich. Die Möglichkeit, wertbeständige Anlagen zu zeichnen, bringt hierin keine Lösung, da hierfür bedeutende Marktbeträge aufgewendet werden müssen die von der Arbeitnehmerschaft nicht aufgebracht werden können. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn die Sparkassen auch kleine Beträge als wertbeständige Anlagen in vollem Umfange annehmen, und nicht, wie zur Zeit, wo die Forderung damit verknüpft ist, den gleichen Betrag auf Papiermarktkonto einzuzahlen und ihn somit der Geldentwertung zu unterwerfen.

Die Verhandlungen innerhalb der Zentralarbeitsgemeinschaft haben zur Zeit der Abfassung dieses Artikels noch zu keiner Verständigung geführt. Die Arbeitgeberseite erhebt gegen die Vorschläge der Gewerkschaften Bedenken. Sie bringt an Stelle des Lebenshaltungsindex einen Prozentsatz des Goldkaufpreises als Index in Vorschlag. Dieser Maßstab ist aber für die Arbeitnehmerschaft unannehmbar. Ihre Lohnentwicklung kann nur auf Grund der Verteuerung der Lebenshaltungskosten basieren, nicht aber auf einem Faktor, bei dessen Festlegung ganz andere und besondere Gesichtspunkte maßgebend sind.

Trotz der Schwierigkeiten der Verständigung müssen wir uns gegen eine gefekliche Bindung wenden. Die Verhältnisse sind zu unübersichtlich, um sie in die schwerfällige Form der Gesetzgebung zu zwingen. Gesetze lassen sich schwer schaffen, noch schwieriger aber wieder beseitigen, wenn die andere Seite Gesellen an einem Gesetz gefunden hat. Die Arbeitnehmerschaft muß sich hinsichtlich der Gestaltung der Lohnvereinbarungen freie Hand vorbehalten.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse stellen Deutschland und seine Wirtschaftskreise vor die schwierigsten Aufgaben. Die englische Presse spricht im Hinblick auf die hier behandelten Bestrebungen von „halbbrecherischen Turnübungen.“ Zur Zeit scheint aber kein anderer gangbarer Weg offen. Durch die einseitige Flucht vor der Mark durch Goldwährungsprelle, Wiederbeschaffungsprelle seitens der wichtigsten Wirtschaftskreise wird die Lage für die Arbeitnehmerschaft ohne Anpassung an diese Entwicklung unerträglich. Die grenzenlose Verarmung unseres Volkes kann nicht ohne tief einschneidende wirtschaftliche Kollaps bleiben. Die dadurch hervorgerufene mangelnde Konsumkraft der Massen muß zu grober Arbeitslosigkeit führen. Man irrt sich sehr viel von der Notwendigkeit der Erhaltung der Sachwerte. Der weitaus wichtigste Sachwert ist jedoch die Gesundheit und die Arbeitskraft der sich findenden. Eine Vernachlässigung und Zerrüttung derselben wird sich in der Zukunft viel mehr rächen, als der Verlust von Sachwerten wirtschaftlicher Art.

b) Für die Uebergangszeit empfehlen die Ausschüsse eine schnelle Anpassung der Löhne an die Veränderung der Lebenshaltungsindex auf der Grundlage von Indexziffern; zu deren richtiger Ermittlung ist der amtliche Lebenshaltungsindex zu verbessern und wöchentl. aufzustellen. Den Vertragsparteien muß es überlassen bleiben, den Reichszentralindex oder den örtlichen bzw. bezirklichen Lebenshaltungsindex als Grundlage der Verhandlungen zu verwenden. Für die Angestellten und Beamten der öffentlichen Körperschaften erfolgt die Regelung bzw. Festsetzung der Gehälter auf gezielte Wege unter strengster Anwendung der Grundsätze. Die Ausschüsse empfehlen unter Berücksichtigung des Vorstehenden zunächst nur kurzfristige Tarifabschlüsse.

#### 2. Die Stellung der Arbeitgeber.

Die Arbeitgeber wehren sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß der zentrale amtliche Lebenshaltungsindex für die Lohnanpassung zugrunde gelegt wird. Sie geben als Grund an, daß die Preise sich dann auch generell und automatisch an den Index anpassen werden. Diese Beschränkung ist nicht ganz von der Hand zu weisen, da sich in Oesterreich, wo ja auch auf Grund des Lebenshaltungsindex die Löhne festgelegt wurden, ähnliche Erscheinungen herausgebildet haben. Wie mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeber im Arbeitsministerium die Erklärung abgegeben, daß sie sich auf den Boden der am 11. vom Reichswirtschaftsrat angenommenen Richtlinien stellen, die wir oben zum Ausdruck brachten. Der Währungsausschuss des Reichswirtschaftsrates hat es ebenfalls vermieden, von einer zentralen, automatischen Anpassung zu reden. Die Arbeitgeber erklären, daß sie für eine örtliche oder bezirkliche Regelung nach einem zu vereinbarenden Lebenshaltungsindex zu haben sind. Was die einzelnen Besprechungen noch ergeben, bleibt abzuwarten und wird dann noch von uns mitgeteilt werden. Sollte es bei obiger Erklärung bleiben, dann müßten die Tarifverhandlungen auf dieser Basis eingeleitet werden, wobei allerdings ein so großes Durcheinander vermieden werden muß, weil daselbe ja auch nur zum Schaden für die Arbeiterschaft ausschlagen kann.

### Wertbeständigkeit der Löhne — Wertbeständigkeit der Spareinlagen

In engem Zusammenhang mit der Wertbeständigkeit des Lohnes steht die Frage der Wertbeständigkeit von Spareinlagen. Die bisherige schnelle Entwertung des Geldes hat das Sparen im allgemeinen unmöglich gemacht. Auch der Gehalts- und Lohnempfänger muß die Gewißheit haben, daß die erparten Gelder auch ihren Wert behalten. Dann glauben wir, wird man sich auch bemühen, zu sparen, trotz des nicht zu hohen Einkommens, um sich einen Sparpfennig für noch schlechtere Zeiten zum Einkauf von Vorräten anzulegen. Nach Mitteilungen der Presse hat man sich auch in Berlin von den Gewerkschaften mit der Frage der wertbeständigen Spareinlagen befaßt, weil sie eine wichtige Ergänzung der wertbeständigen Löhne darstellt. So gut wie man nur über die Wertbeständigkeit der Löhne innerhalb der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen verhandelt und versucht hat, eine Verständigung herbeizuführen, ebenso muß unseres Erachtens auch die Klärung der Frage über Wertbeständigkeit eventueller Spareinlagen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft möglich sein. Einige Werke zum Beispiel in Mitteldeutschland hatten schon vor längerer Zeit versucht, wertbeständige Spareinlagen für die Arbeiterschaft zu schaffen. Leider blieb da der Pferdeschuh nicht verborgen und unter mehr oder minder geschickten Tauseln wurde versucht, einseitig und unter Umgehung der Beratung mit den Gewerkschaften die Arbeiter des betreffenden Werkes für eigenständige Methoden jeitzuliegen. Dieses einseitige Vorgehen scheint Schade zu machen; der Wirtschaftsverband des Reiches Mittmann u. a. suchen die Frage der Wertbeständigkeit der Spareinlagen in ihrem Sinne zu lösen. So einfach liegt die Sache denn doch nicht.

Die Frage der Wertbeständigkeit von Spareinlagen ist für die gesamte Arbeiterschaft von großer Bedeutung, zumal, wenn, wie genannter Wirtschaftsverband es versucht, gewissen gelben Bestrebungen zu folgen, um dadurch die Gewerkschaften an die Wand zu drücken. Auffällig erscheint es, daß gerade in jenen Wirtschaftsgebieten, wo wir nach der lohnpolitischen Seite hin die größten Schwierigkeiten haben, versucht wird, die Frage der Wertbeständigkeit der Spareinlagen einseitig durch Bekanntmachungen in den Betrieben zu lösen. Es dürfte aber selbst den Arbeitgebern des Wirtschaftsverbandes Mittmann einleuchten, daß ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften weder die Frage der Wertbeständigkeit der Löhne noch der Spareinlagen gelöst werden kann. Wir kommen auf diese Frage noch zurück.

### Seiber ein Rückgang in der Streikdauer

Daß jemand sein Bedauern über den Rückgang der Streikdauer im Jahre 1922 ausspricht, ist entweder ein Ausfluß bornierter wirtschaftlicher Dummheit oder reaktionärer arbeitertentlicher Einstellung. Diese obere Auslassung zu machen, war dem „Deutschen Industrieverband“, der Streikentschädigungsorganisation der deutschen Industrie vorbehalten auf seiner Generalversammlung in Würzburg.

Generaldirektor Grünher führte aus in seinem Geschäftsbericht:

„Leider ist für 1922 wieder ein Rückgang in der durchschnittlichen Streikdauer eingetreten. Sie betrug nur 13 Tage gegenüber 20 1/2 Tagen im Jahre 1921. In dieser kürzeren Streikdauer liegt ein bedauerliches Zeichen dafür, daß die Arbeitgeber eine raschere Nachgiebigkeit zeigen.“

Unter Wirtschaftsleben kracht in allen Fugen. Die christlichen Gewerkschaften bemühen sich deshalb seit Jahr und Tag, die Streiks auf ein Minimum zurückzuführen. Erich ein Streik aus, so muß im Interesse unseres Volkes derselbe sobald als möglich beigelegt werden. Im Sinne dieser Be-

### Aus dem Verbandsgebiet

Mitteldeutschland, Bezirkskonferenz. Am 24. Juni fand im evangelischen Vereinshaus zu Leipzig eine gemeinsame Bezirkskonferenz der Bezirke Freistaat Sachsen und Sachsen-Thüringen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes statt. Ihr voraus ging am 23. Juni eine Betriebsrätekonferenz der beiden erwähnten Bezirke.

Als Vertreter des Zentralvorstandes war anstelle des durch eine Reise in die Schweiz verhinderten Kollegen Wieder der zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Schmitz, und der Leiter des Betriebsrätebureaus an der Zentrale, Kollege Mauer, erschienen. Neben den beiden Bezirksleitern und den übrigen in diesen Bezirken tätigen Verbandsbeamten war die Betriebsrätekonferenz von 50, und die Bezirkskonferenz von 120 Delegierten aus allen Verwaltungsstellen der beiden Bezirke besetzt.

In der Bezirkskonferenz erstatteten zunächst die Bezirksleiter Gierh, Chemnitz, für den Bezirk Freistaat Sachsen, und Krull, Magdeburg, für den Bezirk Sachsen-Thüringen die Jahresberichte. Aus beiden Berichten ging die erfreuliche Tatsache hervor, daß sich die Zahl der Mitglieder im Mitteldeutschland in der Berichtszeit mehr als verdoppelt hat. Andererseits blieben auch die Schwierigkeiten nicht unerwähnt, die der Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen, und des christlichen Metallarbeiterverbandes im besonderen in Mitteldeutschland namentlich von den sozialistischen Gewerkschaften bereitet werden. Terrorismus größter Art von Mitgliedern der letztgenannten Gewerkschaften, und dauernde Versuche, unseren Verband bei den Lohnverhandlungen und dem Abschluß von Tarifverhandlungen auszuschalten, sind in den mitteldeutschen Bezirken an der Tagesordnung, allerdings mit dem Erfolg, daß die Ideen der christlichen Gewerkschaften bei der Arbeiterjugend Mitteldeutschlands immer mehr Anklang finden, und je länger desto mehr festen Fuß fassen.

Die sich an den Jahresberichten anschließende eingehende Aussprache, an der sich zahlreiche Kollegen aus den verschiedenen Verwaltungsstellen der beiden Bezirke beteiligten, war denn auch in den Hauptsache von den beiden gekennzeichneten Gesichtspunkten beherrscht, und brachte den unabweiglichen Willen der Kollegen zum Ausdruck, trotz aller Schwierigkeiten und Bemerkungen unentwegt weiter zu arbeiten an der Ausbreitung und inneren Festigung des Verbandes in Mitteldeutschland.

Nach Erledigung der Jahresberichte hielt der zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Schmitz, einen grundlegenden Vortrag über „die gegenwärtige gewerkschaftliche und wirtschaftliche Lage“, wobei er ersichtlich die Gefährdungen im öffentlichen Leben Deutschlands, besonders im letzten Jahre, zeigte. Die traurige Lage,

in der wir uns befinden, muß uns ein Ansporn sein, mit allen Kräften nach dem Aufstiege zu trachten und nicht die Hände in den Schoß zu legen. Es kam dann kurz auf die bekannte Ausrufung des sächsischen sozialistischen Ministerpräsidenten Zeigner zu sprechen, dessen Worte ein Appell an die Freimaurerei war. Die Arbeiterschaft im Westen Deutschlands wisse selbst, was sie tun und zu lassen habe, sie lehne es aber ab, solche Belehrungen und Aufforderungen eines Ministerpräsidenten, der zudem noch weit vom Schutze stehe, anzunehmen.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages zeichnete Kollege Schmitz ein überblickendes Bild von der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Lage, und gab dabei wertvolle Ratschläge für die weitere erfolgreiche Arbeit unseres christlichen Metallarbeiterverbandes im mitteldeutschen Gebiet.

Nach einem das Ergebnis der Tagung würdigenden Schlußwort des Kollegen Gierh fand die arbeitsreiche und in voller Einmütigkeit verlaufene Tagung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband ihr Ende.

Kollegen in den mitteldeutschen Bezirken! Unsere gemeinsame Bezirkskonferenz in Leipzig bildet einen Meilenstein in der Geschichte unseres Verbandes im mitteldeutschen Gebiet. Sehen wir nun die dort gegebenen Anregungen in die Tat um. Jedes einzelne Mitglied unseres Verbandes in Mitteldeutschland muß ein überzeugter christlicher Gewerkschafter und ein eifriger agitator für unsere Sache sein. Unsere Finanzarbeit auf vorgeschobenem Posten ist bisher nicht ohne Erfolg geblieben. Sie wird weiter erfolgreich sein, und unser Verband die ihm gebührende Stellung in der mitteldeutschen Metallindustrie erringen, wenn alle Mitglieder ihre Pflicht erfüllen.

### Bekanntmachungen

Da die Beiträge des Monats für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 30. Juli der 31. Wochenbeitrag fällig, für die Zeit vom 30. Juli bis 5. August, und für Sonntag, 6. August der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. August.

Betrifft Beitragsmarken. Bei den Markenwerten von 10 000 bis 20 000 M. sind nur Zwischensummen von je 500 M. lieferbar; z. B. 10 000 M., 10 500 M., 11 000 M., 11 500 M. usw. Bei Beitragsmarken über 20 000 M. werden nur Werte über volle Tausend Mark lautend geliefert. Die Verwaltungsstellen wollen bei Festlegung der Lohnzuschläge dieses beachten.

Stellung. Unsere Geschäftsstelle befindet sich jetzt Elbing, Sonnenstraße 42. Telefon wie bisher Nr. 205.

### Der Arbeiternenschutz nach dem Kriege

E.V. Die Vorschriften über die Arbeitszeit können unter besonderen Voraussetzungen geändert werden. z. B. ein Betrieb durch einen Unglücksfall wie Feuer, Ueberschwemmung u. dgl. gestört, kann auf Antrag des Arbeitgebers die untere Verwaltungsbehörde eine Erhöhung der Arbeitszeit für 2 Wochen gestatten. Die Ausnahme gilt in der Regel solange, bis die Betr.-Störung beseitigt ist. In manchen Betrieben kommt es vor, daß die Arbeit sich in bestimmten Zeiten besonders stark anhäuft, dann kann auf Antrag des Unternehmers für 14—20 Tage Ueberarbeit gestattet werden. Eine solche zeitweilige Anhäufung der Arbeit tritt z. B. regelmäßig in den Saison-Industrien ein.

Von größter Wichtigkeit ist der Schutz der Frau als Mutter. Sie muß vor solchen Arbeiten bewahrt werden, die ihre inneren Organe verletzen könnten. Vor allen Dingen muß sie in der Zeit geschützt werden, wo sie sich Mutter fühlt. Nach der Niederkunft muß die Mutter unbedingt eine längere Ruhezeit haben um sich selbst zu erholen und ihr Kind stillen zu können. Man stelle eine viel größere Säuglingssterblichkeit fest, wenn die Mütter die Kinder nicht nähren konnten. Auch die Frau ist viel empfindlicher für schädliche Einwirkungen ihrer Arbeit, wenn sie nicht ganz hergestellt ist. (1891 wurden 6 Wochen) 1918 wurden 8 Wochen als Schutzzeit festgesetzt. Zwei Wochen sollen vor, sechs nach der Niederkunft liegen. Die Wiederaufnahme der Arbeit nach der Niederkunft ist an den Ausweis geknüpft, daß seit ihrer Ankunft wenigstens sechs Wochen verfloßen sind. Der Ausweis der Arbeiterin, daß diese Zeit verfloßen ist, besteht darin, daß sie dem Arbeitgeber eine Bescheinigung des Tages der Niederkunft vorlegt. Die Art dieser Bescheinigung ist nicht vorgeschrieben. Die Arbeiterin ist berechtigt, nach der Niederkunft acht Wochen der Arbeit fernzubleiben, wenn sie bis zur Niederkunft gearbeitet hat.

Zu den obigen Vorschriften, welche die Arbeitszeit und Ruhezeit der Arbeiterin regeln, gibt es noch eine Reihe von Bestimmungen, welche die Beschäftigung in bestimmten Betrieben oder bei besonders gefährlichen Arbeiten verbieten. Diesen besonderen Schutz muß die Arbeiterin haben, weil sie körperlich schwächer ist als der Mann. Deshalb wird verboten, bei besonders schweren körperlichen Arbeiten die Frau anzustellen. Auch besteht sie nicht eine gleich große Widerstandskraft wie der Mann gegen schädliche Einwirkungen z. B. von Giften. So ist verboten, Arbeiterinnen unter Tage in Bergwerken zu beschäftigen. Sie dürfen nicht mehr, wie früher, die Kohlen oder Erze von der Arbeitsstelle zum Förderkorb ziehen. Auch das Transportieren zur Bearbeitungsstelle, der Brüttelfabrik oder dem Hüttenwerk und zum Bahnhof ist verboten. Das Beladen in die Eisenbahnwagen muß von Arbeitern besorgt werden. Wenn die Kohle oder das Erz ans Tageslicht befördert worden sind, kommen sie zuerst in eine Anstalt, in der sie zerkleinert werden. Hier sind Arbeiterinnen zum Herausheben des schlechten Gesteins zugelassen. In Hüttenwerken, in Motorwerkstätten, in Ziegeleien dürfen die Unternehmer jedoch keine Arbeiterinnen anstellen. Das Gesetz verbietet auch die Frauenarbeit in Kaffereien. Es dürfen keine Arbeiterinnen zum Tragen oder Ziehen von Materialien bei Bauten verwendet werden. Zu leicht könnte sich die Frau beim Tragen schwerer Lasten zu schädigen, daß sie für ihr ganzes Leben arbeitsunfähig bleibt.

In anderen zahlreichen Betrieben, welche mit besonderen Gefahren für die Gesundheit oder Sittlichkeit verbunden sind, dürfen Arbeiterinnen zu bestimmten Berufen nicht verwendet werden oder nur bei einzelnen bestimmten Berufen beschäftigt werden.

So z. B. in Anlagen, in denen durch die Herstellung von Alkali Chromaten die Arbeiterin mit Chromaten in Berührung kommt. Die Arbeit mit Chromaten führt zu schweren Hauterkrankungen.

Verboten ist auch die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Betrieben zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen, soweit sie mit Blei oder Bleiverbindungen in Berührung kommen. Die Belüftung hat schwere Störungen der Atmungs- und Verdauungstätigkeit, wie Bleikolik und Bleikrämpfe und Erkrankungen der Nieren zur Folge.

In Betrieben, in denen Thomaschlacken gemahlen oder Thomaschlackemehl gelagert wird ist jede Beschäftigung und jeder Aufenthalt in den Räumen, in denen solche Schlacken oder Schlackemehl eingebracht wird, verboten. Der scharfkantige Staub dringt in die Lunge und führt zu Lungenentzündungen und Lungenblutungen.

In Zinkhütten dürfen Arbeiterinnen die Destillationskessel nicht bedienen oder nicht beim Beladen und Abfahren der Raumasche oder der Asche aus den Feuerungen, beim Stechen und beim Verpacken der bei der Zinkdestillation gewonnenen Nebenprodukten beschäftigt werden. Arbeiterinnen dürfen die Destillationskessel nur betreten, wenn an den Oesen nicht gearbeitet wird. Die Arbeit an Zinköfen und mit Zinkprodukten führt zu Erkrankungen, ähnlich der Bleivergiftung.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen ist weiter verboten in Glashütten, Glasschleifereien, in denen vor Oefen gearbeitet wird und eine außergewöhnliche Wärme herrscht, ferner in Räumen, in denen Rohstoffe oder Glasrohlinge zerkleinert oder gemischt werden, oder in denen mit flüssigem Fluorwasserstoff gearbeitet wird. Sodann ist verboten jede Beschäftigung an Sandstrahlgebläsen, die Arbeit mit trockenen Schleifapparaten oder an Schleifrädern ohne mechanischen Antrieb. Die in diesen Betrieben hohe Temperatur ist den Arbeiterinnen überaus schädlich. Der Glasstaub und die Arbeit mit Fluorwasserstoff bewirken schwere Lungenerkrankungen.

Der Aufenthalt in den zur Herstellung von Draht bestimmten Räumen und in Walz- und Hammerwerken mit ununterbrochenem Feuerbetrieb ist der großen Unfallgefahr wegen für Arbeiterinnen verboten.

In Zichorienfabriken, in welchen Darren im Betrieb sind, und in den motorischen Werkstätten, in denen Zichorien hergestellt werden, in Kohlenfabriken und Zuckerraffinerien sind die Arbeiterinnen ausgeschlossen wegen der außergewöhnlich starken Wärme, die gesundheits-schädlich wirkt.

Mit dieser Aufzählung ist die Zahl der den Frauen nachteiligen Industrien keineswegs erschöpft.

Es ließen sich wohl über 100 Berufe aufführen, in denen die Arbeit zum großen Teil gesundheits-schädliche Folgen hat, und in denen noch tausende von Arbeiterinnen beschäftigt sind. Immer wieder haben deshalb die Gewerkschaften nach Verbesserungen gedrängt und am Ausbau des gesetzlichen Tarifvertrages ist der Arbeiterschutz für die einzelnen Berufe in mancher Beziehung ergänzt und individualisiert worden. Gerade unsere Gewerkschaften haben erkannt, wie wichtig für die kommende Generation, für den ganzen Staat die Gesundheits-erhaltung des werktätigen Volkes, besonders der Arbeiterinnen ist; denn sie sind die Mütter der Zukunft!

Arbeiter haben besonders die christlichen Gewerkschaften viel Verantwortungsgefühl gezeigt. Im Gegensatz hierzu bezeichnet es diese Unternehmer-Organisation als „ein bedauerliches Zeichen“, daß die Streiks nicht länger dauern. Wo bleibt hier die wirtschaftliche Einsicht? Wir betrachten eine solche Einstellung als einen sehr bedauerlichen Rückfall in den Scharfmachergeist der Vorkriegszeit, der so ungeheuer viele Verwüstungen in unserem Vaterlande hervorgerufen hat. Dabei steht die Meinung des Herrn Grünher keineswegs allein da, sondern sie wird mancherorts geteilt, weil man der Ansicht ist, durch langandauernde Streiks die Gewerkschaften am ehesten zu zerschlagen und den Vorkriegszustand wieder herbeizuführen. Daß die Kommunisten hierbei den Scharfmachern die Steigbügel halten, zeigt allein schon, woß Geistes Kind die Moskauer sind.

### Mehr öfenen, weniger verdienen

fordert Prof. Weber von den wirklich verdienenden Staatsbürgern, eine Maßnahme, welche nur zu selten befolgt wird. Eine Beleuchtung erfährt dieses Wort Webers durch eine Anfrage Dr. Büchners, des Vorsitzenden der Metallindustriellen von Hessen und Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller (Heftisch, Volksfreund, 26. Mai 1923.)

Es ist kein Zweifel, daß die Groß- und Kohlenindustrie ungeheure Gewinne macht und noch macht. Alle die Vermögenswerte, die dem Mittelstande, den Rentnern u. a. entzogen wurden, sind den großen Handels- und Industrieunternehmen zugeflossen und zum Teil in Ausland festgelegt. Geschüttert und tief depressivierend war der Mißerfolg der Reichsanleihe. Ich frage nicht an zu behaupten, daß allein die chemische Industrie in der Lage gewesen wäre, die Anleihe zinslos zu überzeichnen. Stinnes, der Führer der Hochindustrie, wirkt heute auf unsere Gesamtverhältnisse recht ungünstig ein. Heute heißt National sein Opfer bringen.

Diese Ausführungen eines führenden Industriellen geben sehr zu denken. Wir verkennen als nüchtern denkende Staatsbürger und Arbeiter nicht die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten, die auch unsere Produktion belasten und Kalkulation, gesundes Geschäftsgebahren außerordentlich erschweren, müssen aber geteilt, daß die aus dem elendesten Mammonsgelüste geborene Sucht, ohne Rücksicht auf das Wohl der Volksgenossen Geschäfte zu machen, auf das Schätzte zu geißeln ist.

Damit bedenken sich auch die Ausführungen Dr. Pinterneils von der deutschen Volkspartei und Geschäftsführers der Fachgruppe Bergbau, der im „Arbeitgeber“ schreibt:

„Es gilt zunächst, den „Kapitalismus“ zu bekämpfen, der heute breit wuchert, der nur die Sucht nach Geld kennt und das Wort Opfer nie gehört hat. Die Einkaufskräfte der wirklichen Industriellen, der verantwortlichen Kaufleute, der Treuhänder anvertrauten Gütes, muß gegen Neurotische und Altruisten des Kapitalismus, deren Gott das Geld ist, viel energischer ankämpfen als es die Masse des Proletariats tut. Schwerer wird es sein, rücksichtslos da vorzugehen, wo im eigenen Lager ungerechtfertigter Egoismus sich breit macht, aber diese Aufgabe ist die erste, weil sie die vornehmste ist. Wir wollen auch ein Wort sagen können, wenn die Konzernpolitik sich überlagert, wir wollen laut sprechen, wenn anarchoide Formen tönen, was leben soll. Wir wollen gegeneinander frei sein, wenn das Gemeinwohl es gebietet.“

Es ist schon mehr als höchste Zeit, daß im Lager der bedrückten Schichten mit dem Egoismus und der Verantwortungslosigkeit ausgeräumt wird, die weite Schichten gegenüber dem Volksganzen zeigen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß der Etat des Reiches und Staates zu 80 Prozent bilanziert wird allein durch die zehnprozentige Lohnabgabe der Lohn- und Gehaltsempfänger, während große Kreise der bedrückten Schichten sich ihrer Pflichten nicht bewußt sind und befreit sind, die Lasten auf die Schultern der anderen abzuwälzen. Auch da gilt es den aufsteigenden Sturm zu bannen, indem endlich die bedrückten Schichten lernen, was Pflichterfüllung gegenüber dem Staatsganzen heißt. Sonst dürfte es eines Tages zu spät sein; das müssen sich auch die verantwortlichen Stellen in der Regierung sagen.

### Die Gewinner von 1922

Hunderttausende davon gibt es, große und kleine, aber die allergrößten waren die Großbanken. Kein industrielles Werk kann sich nur daran denken, solche Gewinne zu erzielen, wie sie in der Weltweit gemacht werden. Aus den Abschüssen der Großbanken wollen wir zwei herausgreifen, die deutsche Bank und die Dresdner Bank.

Die Deutsche Bank, der größte deutsche Bankkonzern, erzielte einen Reingewinn (mit Vortrag aus 21) von 5,9 Milliarden Mark, überdies an die freie Rücklage 3 Milliarden, schüttete 300 Prozent Dividende gleich 2,4 Milliarden Mark aus und verteilte an seine Anstaltsräte 178 Millionen Mark.

Die Dresdner Bank beendet ihr Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 2,5 Milliarden und schlägt eine Dividende von 200 Prozent aus. Der Gesamtumsatz hat 13 Milliarden betragen.

In beiden Fällen werden neben den obligaten Abschreibungen noch ungeheure Summen dem Fonds zugeführt worden sein. Ob sich aus solchen Zahlen der berühmte „Schwund“ der Entzweiung nachweisen läßt, dürfte zumal bei der Undurchsichtigkeit der Bilanz jedwem leicht sehr schwer fallen.

Gott der Herr hat das vierte Gebot, das Familiengebot, an die Spitze aller menschlichen d. h. sozialen Gebote gestellt, weil von seiner Beobachtung und Heiligkeit das Glück der Menschheit, ihre Wohlbehagen, ihr glänzendes Bestehen nicht abhän, sondern nur die Gewinne der Heiligkeit der anderen Gebote gesehen id. Ausgewirkt, ihr alle, die sie an der Wahrheit bestern wollen! Wie heißt es nicht erst einer einzigen Familienverhältnisse? Wie heißt es nicht diese heiligen Pflichten dieser Welt? Wenn da einer sich findet, der sich wie ein Volksherrschend gebildet, aber sein Familie vernachlässigt, oder gar vernachlässigt, ist verachtet, der verläßt sich sein Volk!

Abell Leipzig der „Scheiteler“